

## **Babel Balkan? Politische und soziokulturelle Kontexte von Sprache in Südosteuropa**

Veranstalter: Südosteuropa-Gesellschaft / Akademie für Politische Bildung Tutzing  
Tutzing, 1.-5. Oktober 2012

*Bericht von Alexandra Salamurović, Jena*

□ Die 51. Internationale Hochschulwoche der Südosteuropa-Gesellschaft in der Akademie für Politische Bildung Tutzing widmete sich dem Thema „Babel Balkan? Politische und soziokulturelle Kontexte von Sprache in Südosteuropa“. Hintergrundgedanke der Organisatoren, Prof. Dr. Christian Voss von der Humboldt-Universität Berlin und Prof. Dr. Dr. h.c. Wolfgang Dahmen von der Friedrich-Schiller-Universität Jena, war es, 18 Jahre nach der von Helmut Schaller organisierten Hochschulwoche 1994 zu „Sprache und Politik“ das Thema neu zu verhandeln. Dabei galt es zu hinterfragen: Stellt die Auseinandersetzung um den Status von Eigensprachlichkeit in Südosteuropa tatsächlich einen weniger rationalen Fall als etwa in Belgien, Irland oder Spanien dar? Ist die klischeehafte linguistische Fremdsicht auf die Region, nach welcher der Sprachnationalismus eine „balkanische Spezialität“ sei (denn sonst würde man auch nicht von der „Balkanisierung Belgiens“ sprechen), überhaupt noch tragbar? Oder bringen uns neue Ergebnisse aus der Feldforschung weiterreichende Einsichten in die Prozesse der De- und Re-Standardisierungsprozesse in Südosteuropa? Wie kann die Ausweitung auf West- und Mitteleuropa, d. h. auf einen größeren, gesamteuropäischen Kontext, und ihre sprachpolitischen Spezifika den wissenschaftlichen Balkan-Diskurs produktiver machen? Und welchen Beitrag dazu leistet der normativ gesetzte Minderheitenschutz der Europäischen Union? – In fünf Tagen, vom 1. bis zum 5. Oktober 2012, innerhalb von sechs Panels und mit insgesamt 19 Vorträgen, unter Teilnahme von über 70 GeisteswissenschaftlerInnen aus Deutschland und Südosteuropa wurde versucht, auf die genannten Fragen aus soziolinguistischer, kultur- und politikwissenschaftlicher Perspektive differenziert, innovativ und gewinnbringend einzugehen.

Zunächst wurden alle Anwesenden bei der feierlichen Eröffnung von Prof. Dr. *Ursula Münch*, seit letztem Jahr neue Direktorin der Akademie für Politische Bildung Tutzing, und von Dr. h.c. *Gernot Erler*, MdB, Staatsminister a.D. und Präsident der Südosteuropa-Gesellschaft, begrüßt.

Darauf folgend übernahm das wissenschaftliche Organisationsteam, Prof. Dr. *Christian Voß* und Prof. Dr. Dr. h.c. *Wolfgang Dahmen*, das Wort, einmal um auf wesentliche inhaltliche Fragestellungen der bevorstehenden Tagung, als auch auf neue Herausforderungen im europäischen Südosten hinzuweisen, vor welchen sowohl die teilnehmenden Referenten als auch die Südosteuropa-Gesellschaft stehe. Gleichzeitig wurde das Programm der Hochschulwoche im Einzelnen und weitere Beispiele aus der sprachlichen südosteuropäischen Praxis dargestellt, die über die gleichzeitige Verflochtenheit und Differenzierung zwischen Ethnien auf dem Balkan etwas aussagen. Damit gelang der professoralen Leitung ein Neugierde weckender Vorgesmack auf die kommenden Tage.

Wie für den Eröffnungstag der Hochschulwoche üblich, folgte der Begrüßung und der Einführung ein Keynote-Vortrag, der in diesem Jahr von Prof. Dr. *Ioannis Zelepos* zum Thema „Kulturtransfer und europäische Identität – Zur Bedeutung des Griechischen im vernationalen Südosteuropa“ gehalten wurde. Ziel des Vortrags war es, jenseits der aktuellen Konflikte unter dem Aspekt europäischer Gemeinsamkeiten das Phänomen Sprache am Beispiel der soziokulturellen Funktion des Griechischen vorzustellen. Prof. Zelepos legte argumentativ überzeugend dar, dass die Sonderstellung der griechischen Sprache auf keiner (ethnisch oder national geprägten) Überlegenheit des Griechischen beruht habe, sondern als Ergebnis dreier Faktoren zu betrachten sei: Zum einen war das Griechische das offizielle Idiom des Patriarchats, weiterhin *lingua franca* im Handel und schließlich Bildungs- und Literatursprache der Christen im Osmanischen Reich. Erst im 19. Jahrhundert hätten Balkan-Nationalisten dazu beigetragen, dass Mehrsprachigkeit als Abweichung von der Norm und als Bedrohung für eine nationale Identität betrachtet wurde, wodurch auch das Griechische seinen transnationalen Charakter verlor und als nun „nationale Sprache“ zum Verhängnis in Griechenland selbst geworden sei. Dies zeigten auch die aktuellsten Debatten um Grammatik und Neuaufstellung des Vokalsystems, welches von einigen Griechen als „unveränderbarer Bestandteil der griechischen DNA“ gedeutet werde, so Zelepos. In der Keynote kamen bereits die Haupttendenzen der gesamten Hochschulwoche zum Vorschein: Ein notwendiger (selbst)kritischer Blick im Rahmen des wissenschaftlichen Diskurses, Distanz zur Ethnisierung von Sprachen und die notwendige Einbettung der sprachwissenschaftlichen Themen in einen sozio-kulturellen und politischen Betrachtungsrahmen.

Der erste Arbeitstag der internationalen Hochschulwoche begann mit dem Panel zu „**kollektiven Identitäten**“, im Detail zur „Sprachenlandschaft Südosteuropas“. Dr. *Claudia Hopf* bot als erste Vortragende zu „Sprachnationalismus in Südosteuropa seit dem 19. Jahrhundert“ eine breit gefächerte Darstellung der Sprachstandardisierungsprozesse sowohl aus theoretisch-methodologischer Sicht (Argumentationsmuster im Sprachnationalismus, Sprachpolitik und sprachplanerische Maßnahmen) als auch aus empirischer Sicht (durch alle südosteuropäischen Sprachen hindurch). Der Vortrag eröffnete eine weitreichende Plattform für die Diskussion in den folgenden Tagen, die über den Balkan hinausging. Die rhetorische Frage von Dr. Hopf, ob nicht jede Nation das Recht auf eine „eigene“ Sprache habe, wurde an vielen Einzelbeispielen aus der linguistischen Forschung einerseits und der sozial-kulturellen Praxis andererseits immer wieder aufgegriffen und ausdifferenziert diskutiert.

Prof. Dr. *Christian Voß* nahm im Vortrag „Die Sprachen Ex-Jugoslawiens zwischen Konvergenz und Divergenz“ die sich besonders dynamisch entwickelnde(n) BKMS-Sprache(n) unter die Lupe (BKMS = Bosnisch, Kroatisch, Montenegrinisch, Serbisch), um einmal linguistisch ältere strukturelle Modelle (BKMS als plurizentrische Sprache) den neuen multifaktoralen Modellen (BKMS sind einzelne, neue Sprachen) gegenüberzustellen. Darüber hinaus zeigte er unter Einbeziehung der sprachhistorischen und sozial-kulturellen Entwicklungen im BKMS-Raum, dass sprachliche

Konvergenz bzw. Divergenz als impliziter Beweis weder für einseitige sprachethnische Überlegenheit noch für einen alle Ethnien betreffenden (Sprach)Nationalismus gedeutet werden können. Die mögliche Kompromisslösung, ein „Jugo-Esperanto“ nach dem Vorschlag von Jovan Skerlić (lateinische Schrift und Ekavisch für alle), hätte, so Voß, Sprachdifferenzen gehoben. Wenn auch diese Desintegrationsprozesse in anderen Teilen Europas nach ähnlichen Mechanismen verliefen, seien sie in Südosteuropa noch immer von größerer politischer Brisanz und von schwerwiegenden Folgen gekennzeichnet, was die Bewertung über die Exklusivität des jugoslawischen Sprachnationalismus nach sich ziehe. Dennoch spiegele sich im aktuellen diskursiven Desintegrationsprozess von Europa das jugoslawische Beispiel wider.

In einem sehr materialreichen Einblick über „Das osmanische Erbe und das Türkische in den Sprachen Südosteuropas“ aus der Sicht der synchronen Sozio- und Kontaktlinguistik legte Prof. Dr. *Mathias Kappler* besonderes Augenmerk auf Entlehnungen aus dem und über das Türkische, die als Balkanismen gelten. Nicht nur lexikalische Entlehnungen aus verschiedenen Entwicklungsphasen des „Türkischen“ (auch aus der vorosmanischen Zeit), sondern auch phonologische, morphologische und semantische Besonderheiten müssten in der Auseinandersetzung mit dem Thema berücksichtigt werden, um auf die vielschichtigen Einflüsse des Türkischen hinzuweisen. So könnte die besondere morphologische Produktivität der Suffixe *-ci*, *-li* und *-ik* in mehreren südosteuropäischen Sprachen beobachtet werden. Das negative Türken- und Osmanenbild spiegele sich in den stilistisch negativ geprägten Entlehnungen besonders Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts wider. Im Laufe des 20. Jahrhunderts seien allerdings Turzismen in manchen Sprachen (z. B. Griechisch und Bulgarisch) zu Quellen für Neologismen-Bildung ohne ausschließliche pejorative Semantik geworden, besonders in den modernen Medien und in der öffentlichen Sphäre insgesamt. Prof. Kappler betonte die Notwendigkeit, selbst dieses in der Kontaktlinguistik umfangreich erforschte Thema einem differenzierten Blick unter Einbeziehung der türkischen Varietäten und weiterer soziolinguistischer Besonderheiten (Stadt-Land-Opposition, altersspezifischer Gebrauch, usw.) zu unterziehen.

Dr. *Marija Ilić* von der Serbischen Akademie der Wissenschaften präsentierte in der Nachmittagssession den aktuellen empirischen Fall von (politischer) Entstehung einer neuen Sprache: „Der Fall der bunjewakischen Sprache“. Die Bunjewatzen (Serbisch/Kroatisch: Bunjevci, Ungarisch: bunyevácok) bilden eine Ethnie mit überwiegend römisch-katholischer Konfession, die im 18. Jahrhundert aus dem dalmatinischen Hinterland in die historische Region Batschka (heutige Vojvodina im nördlichen Serbien und Teil von Ungarn) angesiedelt wurde und deren Sprache, ein ikavisch-štokavischer Dialekt, *Bunjevački* genannt wird. Nach einer ethnografischen Darstellung der Siedlungsgeschichte sowie endogener und exogener Identitätsproblematik dieser ethnischen Gruppe wurde im Vortrag besonders auf die aktuelle Situation der Bunjewatzen in der Vojvodina eingegangen. Dabei bildete die im Jahr 2009 erfolgte Anerkennung der Ethnie als nationale Minderheit in der Vojvodina den Schwerpunkt einer umfangreichen anthropologisch-linguistischen Forschung, die Dr. Ilić in Zusammenarbeit mit Bojan Belić von der University of Washington, USA, durchführte. Die Forschung verfolgte das Ziel, die Argumentationsmuster für die Entstehung einer neuen, politisch (auch im Rahmen der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitenssprachen) anerkannten (wenn auch nicht komplett standardisierten) Sprache in verschiedenen politisch-kulturell-sprachlichen Organisationen der Bunjewatzen aufzuzeigen. Gleichzeitig wurde aus dem Vortrag und der anschließenden Diskussion deutlich, welche große Rolle politisch gesteuerte Sprachplanung im Fall kleinerer ethnischer Gruppen spielt, die nicht immer als positiv gedeutet werden kann.

Ein weiteres, eher historisch orientiertes empirisches Beispiel gab Dr. *Torsten Szobries* im Vortrag über die „Makedonische Sprach- und Nationalidentität im 20. Jahrhundert“. In der dar-

gestellten Analyse der politischen Sprachgeschichte des Makedonischen anhand unterschiedlicher publizistischer und politisch-programmatischer Texte seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts konnte Dr. Szobries am Beispiel des Makedonischen das theoretische Konzept von Miroslav Hroch über „*nation-building of non dominant ethnic groups*“ besonders eindringlich erörtern. Diesem Konzept liegen drei Phasen in der Entstehung der Nation und Nationalsprache zugrunde: Zunächst das Interesse von Gelehrten und Einzelpersonen, die die Elite bilden; darauf folgend etwas breiter angesetzte nationale Agitation und schließlich die Massivbewegung, die im Fall des Makedonischen mit der Anerkennung der eigenständigen makedonischen Nation seitens der Kommunistischen Partei Jugoslawiens und der SFRJ-Führung nach dem Zweiten Weltkrieg einherging. Nach der Unabhängigkeit der Republik Makedonien 1992 blieben bekanntlich viele sprachlich-politische Probleme offen: Bulgarien erkannte zwar den Staat Makedonien unter diesem Namen 1992 an, nicht aber die makedonische Sprache; mit Griechenland wird noch immer der Namensstreit geführt.

Ein noch eklatanteres Beispiel kommunistischer Sprachplanung stellt der Fall des Moldauischen dar, den Prof. Dr. Dr. h.c. *Klaus Bochmann* in seinem Vortrag zum Moldauisch-rumänischen Sprachenstreit darlegte. Wenn auch das Moldauische im Vergleich zum Rumänischen weder in der Grammatik noch in der Lexik Alleinstellungsmerkmale aufzeige, sei die moldauische Sprache mit lateinischer Schrift 1994 per Gesetz zur Staatssprache erhoben worden. Der Fall der politisch geprägten Entwicklung des Moldauischen zwischen dem Russischen und Rumänischen und einstweiliger Zweisprachigkeit im Laufe des 20. Jahrhunderts zeige das höchste Maß der Interdependenz zwischen Politik, nationaler Identität und Sprache, wobei nicht einmal die Frage, wer zur moldauischen Nation gehöre, eindeutig beantwortet werden könne. In der Diskussion wurde festgehalten, dass das Denkmodell, jede Nation müsse eine (nationale) Sprache haben, überwunden werden müsse.

Der Vortrag von Dr. *Lumnije Jusufi* zur aktuellen Debatte um sprachliche Albanizität zwischen Gegisch und Toskisch bot zunächst eine kritische Übersicht über die historisch-politische Entwicklung des Albanischen als monozentrische Sprache der albanischen Nation: Zwei unterschiedliche Dialekte spiegelten nicht nur die soziokulturellen Stereotypen wider, die durch Sprachkodifizierungen zu bekämpfen waren; die sprachliche Überlegenheit des Toskischen stehe darüber hinaus im direkten Bezug zu dem öffentlichen Bild, Albanien sei das „Mutterland aller Albaner“. Damit werde jedoch den aktuell existierenden soziolinguistischen Entwicklungen im albanischen Sprachraum nicht Rechnung getragen, welche sowohl auf einer horizontalen (dialektale und interregionale und zwischenstaatliche Spezifika) als auch auf einer vertikalen Linie (institutionelle, politische und zeitlich bedingte Faktoren) anzutreffen seien. Anhand einer materialreichen und argumentativ gestützten Präsentation aller genannten Ebenen konnte Dr. Jusufi nachvollziehbar dafür plädieren, das Albanische als plurizentrische Sprache zu betrachten.

Nach den umfangreichen Präsentationen südosteuropäischer Fallbeispiele stand am dritten Tag der Konferenz das Thema „**Sprachnationalismus und europäische Politik**“ im Fokus. Zunächst referierte *Felix Tacke* über die „Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen“, die vom Europarat im Jahr 1992 verabschiedet wurde und 1998 europaweit in Kraft trat. Demnach wird der Sprachenschutz mit dem Erhalt eines „gemeinsamen Kulturerbes“, der „Traditionen und des kulturellen Reichtums Europas“ identifiziert. In Südosteuropa werde Sprachenschutz in Zusammenhang mit Minderheitenschutz betrachtet, was einmal mehr zu Besonderheiten im Vergleich zu Westeuropa führe, vor allem in konkreten Interpretationen des *territorial scope* (Zusammensetzung aus dem „traditionellen Gebietsbezug“, wo die zu schützende Sprache verwendet wird und „ausreichender Sprecherzahl“, die frei von jedem Staat festzulegen ist). In Südosteuropa erfolge die Anwendung von *territorial*

*scope* fast ausschließlich durch die Bindung des Sprachenschutzes an Prozentschwellen, was direkt aus der Minderheitenschutzgesetzgebung hervorgehe. Dieses Verfahren stoße auf Kritik des Europarates, was wiederum südosteuropäische Vertragsstaaten (hier präsentiert: Kroatien, Montenegro, Serbien und Rumänien) zu kreativen und pragmatischen Lösungsansätzen anrege, wie etwa die Einführung eines „amtssprachlichen Gebrauchs“ per Erlass der Gemeinden in Kroatien oder die Etablierung „städtischer Zentren“ in Serbien. Der äußerst bereichernde und gehaltvolle sowie auf südosteuropäische Besonderheiten eingehende Vortrag von Herrn Tacke regte eine sehr lebhaft Diskussions mit vielen Vergleichsbeispielen aus West- und Osteuropa an. Er ließ zudem die grundsätzliche Frage offen, ob die Charta, durch viele *hedges* in den Formulierungen und durch die unveränderte, auf westeuropäische Demokratien geschnittene Textvorlage, am ehesten zur weiteren Fragmentierung, gar zur Ethnisierung von Südosteuropa beitragen würde.

Im darauffolgenden Vortrag von *Ivana Barkijević* ging es um die Umsetzung der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen in Slowenien, Kroatien, Montenegro und Serbien, die eine unterschiedliche Anzahl von geschützten Sprachen im Sinn der Charta aufweisen. Dabei lag der Schwerpunkt besonders auf der Umsetzung im Bildungswesen, das eine der zu schützenden Bereiche darstellt. Frau Barkijević konnte deutlich auf die Probleme in der Umsetzung hinweisen, die vom Mangel an finanziellen Kapazitäten für die Ausbildung des Lehrpersonals (etwa für das Makedonische und Tschechische in Serbien oder das Romani in Slowenien) über die fehlende Sprachkodifizierung (Romani, Bunjewakisch) bis hin zu politischen Umständen in den Vertragsstaaten (Italienisch als Prestigesprache in Kroatien und Slowenien oder kein Schutzstatus für BKS in Slowenien und Montenegro etwa) reichten. Dabei stellte die Vortragende fest, dass sich manche praktizierte Unterrichtsmodelle wie etwa separate Kindergärten oder Klassen offiziell laut Charta dem Schutz der Minderheitensprachen verpflichtet fühlen, in der Tat aber zu gesellschaftlicher Segregation führen. In der Diskussion wurde vor allem dieser letzte Punkt von fast allen Teilnehmenden aufgegriffen, um zu zeigen, dass die Charta-Bestimmungen die gleichen Folgen in Südosteuropa festigten wie die in den letzten 20 Jahren von Sprachnationalisten initiierten Aktionen.

Im letzten Vortrag des dritten Konferenztages, gehalten von Prof. Dr. *Johannes Kramer*, ging es um den Sprachnationalismus in Belgien, einem Land, das geografisch weit vom Balkan entfernt ist, allerdings mit „Balkanisierung“ eigener Art behaftet ist. In der Darstellung der nationalen, religiösen und sprachlichen Vorgeschichte Belgiens konnten viele Gemeinsamkeiten mit den bereits dargelegten südosteuropäischen Fallbeispielen herausgestellt werden: So ähnelt etwa die kulturelle Stellung des Niederländischen als „Sprache der Bauern“ dem Fall des Gegischen im albanischen Sprachraum bzw. das sozial-sprachliche Prestige des Französischen dem Toskischen. Das Gedankengut der deutschen Romantik, entscheidend für Nationsbildung und Sprachnationalismus in Südosteuropa, spiegelte sich in der Sprachkodifizierung des nordbelgischen Dialekts des Holländischen und dessen Durchsetzung als offizielle Sprache der Flamen in Nordbelgien wider. Die Festlegung von ethnischer Zugehörigkeit und Identität in Belgien verläuft aber entlang der Sprachgrenze bzw. einer ziemlich präzisen geografischen Linie. Das Territorialprinzip spiele hier eine übergeordnete Rolle und stehe über dem individuellen oder gar nationalen (wie in Südosteuropa) Prinzip. So handele es sich im belgischen Fall um eindeutige Einsprachigkeit innerhalb von festen Sprachengrenzen – mit Brüssel als sprachpolitischer Schnittstelle, die als zweisprachige Region existiere. Die rhetorische Frage von Prof. Kramer am Anfang des Vortrags, ob die „*Solution Belge*“ auch auf Südosteuropa angewendet werden könne, verneinte er überzeugend.

Der vierte Konferenztag fing mit dem übergeordneten Thema zur **Vitalität von Kleinsprachen** im europäischen Kontext an, wobei die erste Fallstudie erneut aus dem Nicht-Balkanraum kam:

Prof. Dr. *Roland Marti* präsentierte die sprachliche Situation der Sorben, indem er Spracherhalt und sprachliche Revitalisierung des Sorbischen in den zwei sorbischen sprachlichen Entitäten Ober- und Niedersorbisch thematisierte, die als getrennte Standardsprachen existieren. Prof. Martis historischer Überblick über Siedlungsgebiete und Sprecherzahlen, die unterschiedlichen Benennungen dieser slawischen Gruppen im „deutschen Meer“, die bis heute unterschiedlichen Gesetzesauffassungen zu(r) sorbischen Sprache(n) und deren Schutz und Förderung sowie auch die von zwei sorbischen Entitäten auf Unterscheidung ausgelegte Sprach- und Kulturpolitik ließen viele Probleme beim Spracherhalt kleiner Gruppen bzw. Minderheiten erkennen. Dabei betonte der Referent besonders den Erhalt der stabilen Zweisprachigkeit als den wichtigsten Schutzmechanismus der Minderheitensprache und kritisierte die „Folklorisierung“ (die Sprache wird zum Artefakt folkloristischer Veranstaltungen) als Maßnahme für Erhalt und Revitalisierung von Sprachen, was besonders für das Niedersorbische zutrifft.

Prof. Dr. Dr. h.c. *Wolfgang Dahmen* widmete sich dem Sprachtod und der Ethnizität der Aromunen. Gerade im aromunischen Fall sei man einerseits mit der perpetuierenden Frage nach dem Unterschied zwischen Sprache und Dialekt konfrontiert, andererseits mit der Frage des Sprachtodes, der allerdings für das Aromunische nicht zutreffend sei, weil das Aromunische genügend Sprecher aufweise. Dennoch bleiben die unterschiedlichen sprachpolitischen Auffassungen auch im Fall des Aromunischen von veränderbaren historischen, nationalen und wirtschaftlichen Faktoren geprägt (z.B. Stellung Rumäniens vs. Stellung Griechenlands zu Aromunen), welche die Weiterentwicklung dieser Kleinsprache auch in Zukunft (negativ) beeinflussen können.

Im Vortrag von *Esther Quicker* ging es um die gesellschaftliche Wahrnehmung des Romani in Rumänien, einer Sprache, die aufgrund der Sprecherzahl nicht als Kleinsprache bezeichnet werden könne, deren viele Dialekte ohne eine einheitliche Kommunikationsgemeinschaft aber diese Zuordnung rechtfertigten. Frau Quicker wies durch zahlreiche Beispiele (Romani als fehlerhaftes Rumänisch, erfundener Romani-Slang und Romani als Quelle für die rumänische Jugendsprache) und besonders aussagekräftige Materialien (Video, Schüleraufsätze) auf die andauernden negativen Tendenzen in der Wahrnehmung der Roma und ihrer Sprache in der rumänischen Gesellschaft hin. Die Sprache sei ein zusätzlich verstärkendes Element des negativen Roma-Bildes trotz des offiziellen Status als geschützte Minderheitensprache und der Organisation des Unterrichts in Romani. Wenig hilfreich dabei erweise sich auch die praktisch unge löste Situation der Sprachstandardisierung und -verschriftlichung des Romani, die zwar erfolge, aber nicht richtig umgesetzt werde.

Am Nachmittag des vierten Konferenztages wurde der Blick der Forscher auf das Themenfeld **„Sprache und individuelle Identität“** gerichtet. Zunächst berichteten *Simone Rajilić*, *Roswitha Kersten-Pejanić* und *Delina Binaj* vom Zentrum für Transdisziplinäre Geschlechterstudien jeweils zum Thema „Geschlechtergerechte Sprache in Kroatien, Serbien und Albanien“. Es wurde der Begriff der *Genderspezifizierung* eingeführt, der die Art und Weise sowie die Kategorien der Konstituierung von Gender in der Sprache offenlegt. In den untersuchten Sprachen konnten unterschiedliche grammatisch-stilistische Lösungen im reichhaltigen Korpus (Grammatiken, Tagespresse, Internet) gefunden werden, um Gender sichtbar zu machen: Von den so genannten Schrägstrichvarianten im Kroatischen und Albanischen (kroat. biseksualac/ka; alb. menaxher/e) über die Hybridformen im Kroatischen (*drugei*) und die Suffigierung von Eigennamen im Serbischen (*Merkelova*) bis hin zu genderneutralen Umformulierungen wie etwa im Albanischen. Ob die genannten, grammatikalisch immer sekundären Mittel zur Konstituierung und Unterscheidung von Gender auf die sozio-kulturelle Unterordnung (Gender zweiten Ranges) hinweisen, so wie in der Diskussion angemerkt, ist weiterhin auch ein offenes Thema in der Genderlinguistik selbst.

Dr. *Tanja Petrović* berichtete über den „Sprachgebrauch von Zwangsmigranten im ex-jugoslawischen Raum zwischen Ethnolekt, Dialekt und Soziolekt“. Sie präsentierte zunächst einen theoretischen Rahmen, um sich dem Thema empirisch zu nähern, der aus Faktoren wie Sprachfragmentierung, ethnischer vs. sprachlicher Identität, Sprachmustern und sozialer Marginalisierung und schließlich linguistischen Strategien bestand. Darauf folgend zeigte sie an zahlreichen Beispielen aus selbst durchgeführten Interviews mit Zwangsmigranten aus dem ex-jugoslawischen Raum (welche aufgrund bestimmter ethnischer Zugehörigkeit in jeweils andere Ex-YU-Republiken umgezogen sind) sowie anhand von Intellektuellendiskursen (von Literaten und Sprachwissenschaftlern), wie die genannten Faktoren vor dem Zerfall und danach im ex-jugoslawischen Raum funktionierten. Dr. Petrović hielt fest, dass das Bewusstsein, dem gleichen sprachlich-kulturellen Raum zuzugehören, auch nach dem Staats- und Sprachzerfall weiterhin existiere, sodass von keinem endgültigen Bruch zwischen den BKS-Sprachen die Rede sein könne, der zum Missverstehen in der Kommunikation und im Alltagsgebrauch führe. Darüber hinaus seien alle Varietäten weiterhin kulturell und sozial kodiert – auf allen gesellschaftlichen Ebenen –, ungeachtet des offiziellen Sprachstatus in den jeweiligen neuen Staaten.

Einen Einblick in die rumänische Jugendsprache heute gab Dr. *Victoria Popovici*. Zum einen wurde auf die grafischen, morphosyntaktischen und semantischen Eigenschaften der Jugendsprache eingegangen, die anhand von Internetforen und Chats empirisch erhoben wurden. Zum anderen wurde die geschichtliche Entwicklung der Jugendsprache dargelegt, um auf die gegenseitigen Einflüsse zwischen der Umgang- und Jugendsprache, aber auch zwischen manchen dialektalen Formen (vor allem westrumänischen Dialekten) und Jugendsprache hinzuweisen. Dr. Popovici stellte auch Unterschiede zwischen der Jugendsprache vor 1989 und danach fest, die mit dem Kommunismus bzw. mit dem fortschreitenden Einfluss des Englischen, vor allem nach 2000, einhergingen. Ein kritischer Punkt allerdings war der hier dargestellte direkte Einfluss des Romani auf die Entwicklung der rumänischen Jugendsprache, besonders in Bezug auf den als vulgär markierten Wortschatz der Jugend.

Abschließend konnte Dr. *Elton Prifti* einen theoretisch und methodologisch fundierten, materialreichen und über alle südosteuropäischen Sprachen hindurch reichenden Überblick über Anglizismen und Globalisierung in den südosteuropäischen Sprachen geben. Er bezeichnete dieses Phänomen in Südosteuropa als komplex und facettenreich und plädierte vor allem für einen interdisziplinären, zusammenhängenden (über eine Sprache hinausreichenden) und auch alle Varietäten berücksichtigenden Ansatz in der Erforschung dieses Themas. Darauf folgend präsentierte er einige Befunde und den vorgeschlagenen theoretisch-methodologischen Ansatz am Beispiel von Griechisch, Albanisch, romanischen (Rumänisch und Aromunisch) und slawischen (Bulgarisch, Kroatisch, Makedonisch, Serbisch) Balkansprachen.

Am letzten Konferenztag hatten die Teilnehmer das besondere Vergnügen, einen Praxisbericht zu hören: Frau *Ana Kačić*, jahrelange Dolmetscherin in den EU-Institutionen, berichtete über den kroatischen EU-Beitritt 2013 und die Domestizierung von BKMS (Bosnisch-Kroatisch-Montenegrinisch-Serbisch), vor allem vor dem Hintergrund des asynchronen Beitritts der ex-jugoslawischen Länder zur EU. Laut Frau Kačić lassen sich „Sprachprobleme“ des BKMS-Babels in Einzelfällen unterschiedlich, aber meist sehr erfolgreich lösen – unter anderem auch dank dem speziellen funktionalen Stil, der beim Dolmetschen zum Vorschein kommt, d. h. dem administrativen Gebrauch der Sprache(n): Der „*Euro-Speak*“ ließe sich einfacher und widerstandsfreier in die jeweiligen Sprachen sogar mit gleichen Termini übersetzen. So würden die zuerst ins Kroatische übersetzten Dokumente aus dem *Acquis communautaire* auch in Montenegro und Serbien teilweise oder ganz übernommen. Ungeachtet der linguistischen Sichtweise werden in den EU-Institutionen grundsätzlich sprachliche Fragen und Rechte beachtet. BKMS sei

kein Einzelfall, bei dem dieses zum Ausdruck komme: So berichtete Frau Kačić von dem Fall aus der Zeit des EU-Beitritts Österreichs, als deutschsprachige Dolmetscher Unterlagen zum Erlernen des „Österreichischen“ bekamen. Ein positives Beispiel aus dem Balkanraum, bei welchem nicht auf einer sprachlichen „Sonderbehandlung“ bestanden wurde, stelle das Griechische dar, als Zypern der EU beitrug.

Die 51. internationale Hochschulwoche in Tutzing endete mit einer Podiumsdiskussion, die aufgrund der hohen Teilnehmerzahl und der angestrebten Effektivität zunächst in zwei Arbeitsgruppen unter Leitung der Organisatoren stattfand. Insgesamt wurden von allen Teilnehmern das Konzept, die Reihenfolge und die Auswahl der behandelten Themen und Referenten explizit gelobt, weil einerseits die andauernde Komplexität der sprachlichen Situation in Südosteuropa klar zum Ausdruck gebracht wurde, andererseits viele sozio-linguistische Fragestellungen ausdifferenziert werden konnten und auf neue Forschungstendenzen und Desiderate hingewiesen wurde. Darüber hinaus wurden die konstruktiven Diskussionsrunden, die in vielen Panels über den zur Verfügung stehenden Rahmen hätten andauern können, besonders positiv hervorgehoben. Aufgrund der unterschiedlichen Forschungsprofile der anwesenden WissenschaftlerInnen kamen auch verschiedene Anmerkungen, dass man die politischen bzw. die linguistisch-systemischen Aspekte hätte detaillierter bearbeiten sollen. Überdies waren sich viele Anwesende einig, es hätten Vorträge zum Ungarischen und weitere Beiträge zum Türkischen gefehlt.

Die Hochschulwoche 2012 zeigte deutlich, dass die Balkanregion wohl nicht als Ort der sprachnationalistischen Verworfenheit und des Gewirrs betrachtet werden kann. Dieses Ergebnis war nicht zuletzt dem innovativen Tagungskonzept geschuldet, im Rahmen der südosteuropäischen sozio-linguistischen Themen äußerst interessante Fallbeispiele auch aus West- und Mitteleuropa mit zu berücksichtigen. Sprache wird insgesamt nicht nur mit Herausbildung von nationaler Identität in Verbindung gebracht – ein Prozess, der auf dem Balkan als nicht abgeschlossen gilt –, sondern auch mit kulturellen Gruppenstereotypen innerhalb einer ethnischen Gruppe, mit veränderbaren politischen Bestimmungen, historischen Umständen, nicht zuletzt mit sozio-ökonomischen Faktoren (Finanzierung von Sprachenschutz). Die Balkanregion stellt dabei keinen Sonderfall dar. Es gilt aber, an weiteren Lösungsansätzen für spezifische Umstände jeder Region, so auch des Balkans, in einem offenen, konstruktiven, kritischen und theoretisch und methodologisch innovativen wissenschaftlichen Diskurs mitzuwirken. Für alle Teilnehmenden der Hochschulwoche bleibt es schließlich zu hoffen, dass das nächste wissenschaftliche Zusammentreffen zu diesem Themenbereich nicht lange auf sich warten lässt.

Für den erfolgreichen Ablauf der 51. Internationalen Hochschulwoche in Tutzing ist nicht nur der wissenschaftlichen Leitung, den Referenten und Teilnehmenden, sondern vor allem auch den Mitgliedern des Organisationsteams zu danken: Seitens der Südosteuropa-Gesellschaft standen jederzeit Frau Dr. Johanna Deimel und Frau Andrea Hoffmann zur Verfügung, von der Akademie für Politische Bildung Herr Dr. Wolfgang Quaisser und sein Team.